



# BÜNDNIS FAIRE ARBEITSMIGRATION BADEN-WÜRTTEMBERG

## Politische Forderungen des Bündnis Faire Arbeitsmigration

Das Bündnis Faire Arbeitsmigration Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, Arbeitsausbeutung und Menschenhandel mitten unter uns nachhaltiger zu bekämpfen!

**Dazu sind folgende Schritte von der Politik nötig:**

- **Mehr Kontrolle von Arbeitsverhältnissen, um Ausbeutung aufzudecken und zu ahnden!**
  - Die **Finanzkontrolle Schwarzarbeit** muss personell gestärkt werden. Dies würde zu einer spürbaren Erhöhung der Prüf-/Kontrolldichte führen, was zur Verfolgung von mehr Verstößen führen würde und einen deutlichen Präventiveffekt hätte.
  - Im Bereich der häuslichen Pflege und Betreuung sollte eine **Zertifizierung für Vermittlungsagenturen** eingeführt werden. Nur so können Familien und Betreuungskräfte legale und seriöse Vermittlungsstellen erkennen und sich vor Illegalität und Ausbeutung schützen. Aus der Au-Pair-Vermittlung liegen gute Erfahrungen vor.
  - Es muss die **Haftung der Generalunternehmer** für nicht abgeführte Sozialversicherungsbeiträge ihrer Subunternehmer in allen Branchen (bisher nur in der Baubranche nach § 28 e Abs. 3a SGB IV) eingeführt werden.
  - Um in der Zeitarbeitsbranche für mehr Transparenz und Kontrollmöglichkeiten zu sorgen, müssen die früher vorgeschriebenen **Kontrollmitteilungen der Entleiher** wieder eingeführt werden. So könnte die Zollverwaltung durch Prüfmaßnahmen die Arbeitsbedingungen beim Entleiher kontrollieren.
- **Bessere Strafverfolgung von betrügerischen und ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen!**
  - In der Praxis lassen sich solche Verhältnisse bisher strafrechtlich kaum verfolgen, da die Tatbestände Wucher § 291 StGB und Menschenhandel § 233 StGB oft nur schwer nachgewiesen werden können. Deshalb braucht es einen neuen Straftatbestand, der direkt die Ausbeutung als solche unter Strafe stellt.
  - Die zuständigen Abteilungen der Staatsanwaltschaft benötigen deutlich mehr Personal, um die bei ihnen von der FKS vorgelegten Fälle zeitnah bearbeiten zu können. Gleiches gilt für die Deutschen Rentenversicherung, die für die Nachforderungen von SV-Beiträgen und Betriebsprüfungen zuständig ist.
- **Von Arbeitsausbeutung Betroffene stärken!**
  - Betroffene kennen oft ihre Rechte nicht oder wissen nicht, wie sie diese zur Geltung bringen können. Deshalb braucht es dringend Finanzierung von Beratungsstellen und Ombudsstellen für ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- **Private Haushalte über legale Beschäftigung informieren!**
  - Viele Familien nutzen zur Betreuung ihrer pflegebedürftigen Angehörigen osteuropäische Betreuungskräfte. Meistens wissen sie nicht, wie die Anstellung legal und arbeitsrechtlich korrekt möglich ist. Deshalb ist eine Informationskampagne zu legaler Beschäftigung in der häuslichen Pflege und Betreuung notwendig!